

nommen wird, dass sie in erheblichen Mengen in China produziert werden, gestaltet sich hier nach Ansicht der UNDCP jedoch deutlich schwieriger. Hier stehen bereits auf Erzeugerebene Profitinteressen und nicht Subsistenz im Mittelpunkt. Erst Ende Mai gelang es chinesischen Drogenfahndern in Guangdong, eine für die Philippinen bestimmte Lieferung von 163 kg Ice im Wert von mehr als 1,2 Mio. US\$ abzufangen. (Xinhua, 9.5.02, nach BBC PF, 12.5.02; SCMP, 21.5.02; XNA, 21.5., 23.5., 25.5.02) -kg-

## 6 Taiwanesisch-chinesische Wirtschaft schafft Fakten

Nachdem der taiwanesischer Präsident Chen Shuibian kürzlich erneut öffentlich unterstrichen hatte, dass er sich eine Wiederaufnahme der bilateralen Verhandlungen mit der VR China wünsche, war eine der ersten Reaktionen auf chinesischer Seite ein Kommentar der Nachrichtenagentur Xinhua. Darin werden die Ausführungen Chens als billige Propaganda „entlarvt“, mit der er der internationalen Gemeinschaft seine „so genannte Ernsthaftigkeit“ vorspiele und das Volk in Taiwan „hereinlege“, das „unter Rezession und Naturkatastrophen leide“.

Vertreter der chinesischen Regierung und der für offizielle Kontakte und Verhandlungen auf Seiten der VR China zuständigen ARATS bekräftigten aufs Neue, man erwarte von der taiwanesischen Seite eine Rückkehr zum 1992 zwischen ARATS und SEF erreichten Konsens. China beruft sich darauf, dass damals Einigkeit zwischen den verhandlungsführenden Stellvertreterorganisationen darüber hergestellt worden war, beide Seiten wollten das Ein-China-Prinzip akzeptieren und nach der Wiedervereinigung des Landes streben. Ein Bekenntnis zu diesen Grundsätzen wird auf Seiten der VR China als Voraussetzung für jede weitere Runde der seit fast zehn Jahren in der Sackgasse befindlichen Verhandlungen gefordert. Die Vermeidungsstrategie Chen Shuibians sei dabei das größte Hindernis.

Druck wird sowohl von Seiten der VR China als auch seitens der taiwanesischen Wirtschaft auf die taiwanesischer Regierung ausgeübt. Da-

bei geht es in erster Linie um die Herstellung von direkten Verbindungen im Transport- und Kommunikationsbereich, deren Fehlen als größtes Hindernis für die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen angesehen werden. Nachdem Chen Shuibian gegenüber der Wirtschaft Entgegenkommen signalisiert und geäußert hatte, man könne sich vorstellen, die bilateralen Verhandlungen mit der VR China auch privaten Organisationen zu übertragen, war Beijing schnell mit dem Vorschlag zur Stelle, zwei taiwanesischer Wirtschaftsführer, C. Y. Kao (Präsident der Uni-President Group) und Y C. Wang (Direktor von Formosa Plastics) könnten diese Aufgabe übernehmen.

Da auf taiwanesischer Seite jedoch nie von Unternehmensvertretern die Rede gewesen war und die Interessenslage dieser beiden eindeutig ist, hieß es in Taiwan sehr schnell, einzig die – offiziell nicht regierungsamtliche – Straits Exchange Foundation (SEF) sei zu einer Verhandlungsführung berechtigt. Die politische Pattsituation besteht also fort. Für die Wirtschaft beider Seiten scheint dieses Hindernis jedoch keineswegs unüberwindlich.

Zum zweiten Mal seit der im vergangenen Jahr auf den Weg gebrachten 25%-Beteiligung der taiwanesischer China Airlines (über indirekte Beteiligung unter staatlicher taiwanesischer Kontrolle) am Cargo-Geschäft der chinesischer China Eastern Airlines trat Mitte Mai erneut ein Staatsunternehmen aus Taiwan in das Rampenlicht der bilateralen Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße. Die in Taiwan monopolistische taiwanesischer Chinese Petroleum Corporation (CPC) besiegelte mit der auf der anderen Seite der Taiwan-Straße ebenfalls in Staatsbesitz befindlichen China National Offshore Oil Corporation (CNOOC) einen Vertrag über die gemeinschaftliche Exploration von Ölfeldern, die in der offenen See ca. 250 km westlich vom taiwanesischer Gaoxiong (Kaohsiung) vermutet werden. Die gemeinsame Investitionssumme soll zunächst 25 Mio. US\$ betragen. Damit werden erneut von der Wirtschaft Fakten geschaffen, die jenseits der politischen Sackgasse, in der sich die bilateralen Beziehungen befinden, von großem Pragmatismus – und auch Egoismen – zeugen. (XNA,

12.5.02; CNA, 13.5.02, nach BBC PF, 14.5.02; CNA, 28.5.02, nach BBC PF, 29.5.02; ZXS, 29.5.02, nach BBC PF, 30.5.02; SCMP, 16.5., 17.5., 22.5.02) -kg-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 7 Vorbereitungen auf den 16. Parteitag I: Parteikongresse auf Provinzebene

Die Vorbereitungen für den 16. Parteitag der KPCh, der für September oder Oktober 2002 anberaumt ist, laufen landesweit in allen Provinzen, Autonomen Regionen und regierungsunmittelbaren Städten auf Hochtouren. So sind inzwischen in den meisten Provinzen Parteikongresse abgehalten worden, um über Neubesetzungen der lokalen Parteikomitees – einschließlich der politisch sehr einflussreichen Ämter der Parteisekretäre – zu entscheiden und die Delegierten zum nationalen Parteitag zu bestimmen.

Die Neubesetzung der Parteikomitees auf Provinzebene hat bereits im September 2001 begonnen. Bis Ende 2001 hatten Tibet, Liaoning, Shanxi, Henan, Guangxi, Xinjiang, Anhui, Hunan, Jiangsu, Fujian, Hebei, die Innere Mongolei, Jiangxi und Yunnan den Prozess abgeschlossen. Bis April 2002 wurden außerdem in Ningxia, Gansu, Guizhou, Hainan, Heilongjiang und Tianjin Parteikongresse abgehalten. Die drei Metropolen Beijing, Shanghai und Chongqing sowie die Provinzen Guangdong, Sichuan, Qinghai und Jilin hielten ihre lokalen Parteikongresse nun im Mai ab. Im Juni sollen dann noch die letzten vier Provinzen Zhejiang, Shandong, Hubei und Shaanxi folgen; Ende Juni sollen die personellen Entscheidungen auf Provinzebene abgeschlossen sein.

In Beijing, Shanghai und Guangdong wurden die bisherigen Parteisekretäre Jia Qinglin (Beijing), Huang Ju (Shanghai) und Li Changchun (Guangdong) in ihren Ämtern bestätigt. Die drei gelten als Protégés Jiang Zemins; allgemein wird erwartet, dass sie ab dem Herbst in wichtige Ämter

in der zentralen Führungsspitze aufsteigen.

Hongkonger Quellen zu Folge war den lokalen Parteikongressen empfohlen worden, sich bei der Wahl der neuen Parteikomitees am Modell der Provinz Guangdong zu orientieren. Guangdong wird als Vorreiter für Experimente im Bereich „innerparteilicher Demokratie“ gehandelt. So sollen die Mitglieder des Guangdonger Parteikomitees zuletzt in geheimen Wahlen über die Besetzung der führenden Partei- und Regierungsämter der Provinz entschieden haben. Auch aus Beijing und Fujian wurde gemeldet, dass bei der Neubesetzung der Führungsämter demokratische Abstimmungsverfahren innerhalb der Partei erfolgreich zum Einsatz gekommen seien.

Die neu bestimmten Mitglieder der Parteikomitees auf Provinzebene sind im Durchschnitt jünger – mit einem großen Anteil von Mittvierzigern – und besser ausgebildet als ihre Vorgänger. Als neue Entwicklung wird ferner gesehen, dass eine wachsende Zahl der Parteikomiteemitglieder aus anderen Provinzen stammt und damit die lokale Verwurzelung der Provinzpartei führungen insgesamt zurückgeht. Schließlich wurde eine neue organisatorische Verzahnung zwischen Parteiführung und Disziplinkontrollorganen auf Provinzebene vorgenommen. So soll nun in der Regel der Leiter der Disziplinkontrollkommissionen einer Provinz in Personalunion mit dem Amt eines stellvertretenden Parteisekretärs derselben Provinz betraut werden. Der Vorschlag, der auf eine Aufwertung der Disziplinkontrollkommissionen und damit auf eine höhere Effizienz der Korruptionsbekämpfung innerhalb der Partei abzielt, war offenbar auf der Tagung des Nationalen Volkskongresses im März 2002 verbindlich gemacht worden (vgl. C.a., 2002/3, S.271). (Xinhua, 11., 14., 15., 19., 26.5.02, nach BBC PF, 14., 15., 16., 21., 27.5.02; Zhongguo Xinwen She, 22., 25.5.02, nach BBC PF, 25., 27.5.02; *Wen Wei Po*, 6.5.02, nach FBIS, 6.5.02; *Ta Kung Pao*, 15.5.02, nach FBIS, 15.5.02; *Ming Pao*, 18.5.02, nach FBIS, 18.5.02; SCMP, 16., 21., 29.5.02) -hol-

## 8 Vorbereitungen auf den 16. Parteitag II: Personalpolitische und ideologische Vorentscheidungen der zentralen Parteiführung

Auf zentraler Ebene sind gegenwärtig alle Parteiorgane mit intensiven Vorbereitungsmaßnahmen für den 16. Parteitag der KPCh im Herbst dieses Jahres befasst. Sowohl in personalpolitischer Hinsicht als auch für die Ausformulierung der ideologisch-politischen Programmatik des für September oder Oktober anberaumten Parteitags werden derzeit wichtige Vorentscheidungen getroffen.

Wie die chinakritische Hongkonger Monatszeitschrift *Zhengming* erfahren haben will, kursiert seit April eine interne Liste mit Vorschlägen für die Besetzung der höchsten Partei- und Regierungsämter. Das Dokument soll gegenwärtig nach schrittweise erweiterten Verteilerschlüsseln Führungskräften auf zentraler und Provinzebene zur Kommentierung vorgelegt und entsprechend der eingehenden Vorschläge angepasst werden, um dann im Juli und August der Parteispitze während ihrer jährlichen Sommerklausur in Beidaihe zur letztendlichen Abstimmung vorzuliegen.

Nach den über Hongkong transportierten „Insider-Informationen“ – die allerdings mit Vorsicht zu behandeln sind – sieht der gegenwärtige Stand der Liste folgende Besetzungen der Spitzenämter von Partei und Regierung vor: Entgegen bisheriger Erwartungen wird Jiang Zemin zunächst vorerst Generalsekretär der KPCh und Vorsitzender der Zentralen Militärkommission bleiben. Hu Jintao, der designierte Nachfolger Jiang Zemins, soll zunächst von diesem nur das Amt des Staatspräsidenten übernehmen; die Nachfolge im Amt des Generalsekretärs soll er dann erst im Jahr 2004 antreten. Erst im Jahr 2007 soll Jiang Zemin – dann 81-jährig – endgültig von allen politischen Ämtern zurücktreten. Wen Jiabao soll, wie erwartet, von Zhu Rongji das Amt des Ministerpräsidenten übernehmen. Zeng Qinghong und Li Changchun sollen zu Mitgliedern des Sekretariats des Zentralkomitees der Partei und zugleich zu stellvertretenden Staatspräsidenten ernannt werden. Als Vorsitzender des Nationalen Volkskongres-

ses soll Li Peng von Li Ruihuan abgelöst werden. Li Lanqing soll diesen als Vorsitzenden der Politischen Konsultativkonferenz ablösen. Die sieben Personen werden gemeinsam im Ständigen Ausschuss des Politbüros sitzen. Eventuell könnte dieses faktisch höchste Entscheidungsgremium um zwei Personen aufgestockt werden, um außerdem noch Wu Bangguo und Luo Gan aufzunehmen.

Für die Besetzung des Politbüros werden gegenwärtig angeblich 32 Personen gehandelt, nämlich neben den neun bereits genannten Personen noch Li Tieying, Li Keqiang, Wu Guanzheng, Jia Qinglin, Huang Ju, Wu Yi, Chen Zhili, Xiao Yang, Guo Boxiong, Xu Caihou, Cao Gangchuan, Tang Jiaxuan, Wang Zhongyu, Wang Gang, Chen Liangyu, Zhou Yongkang, He Yong, Song Defu, Liu Qi, Wang Zhaoguo, Zhang Lichang, Teng Wensheng und Dai Xianglong. Eine Erhöhung der Zahl der Politbüromitglieder (derzeit 21, plus zwei Kandidaten) wird nicht ausgeschlossen. Noch einmal sei darauf hingewiesen, dass diese Angaben aus der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* nicht unbedingt für bare Münze zu nehmen sind. Angesichts des intransparenten Entscheidungsprozesses in Beijing aber erscheint es dennoch sinnvoll, derartige journalistische Quellen zu Rate zu ziehen.

Was ferner die im Herbst zu verkündende ideologisch-politische Programmatik für die zukünftige Parteiarbeit angeht, so scheinen sich inzwischen auch hier konkretere Inhalte abzuzeichnen. Grundsätzlich soll der „politische Bericht“ des 16. Parteitags sich inhaltlich an der Rede Jiang Zemins vom 1. Juli 2001 orientieren, in der dieser auf der Grundlage seines Konzepts der „Drei Repräsentationen“ die Öffnung der KPCh für Privatunternehmer ankündigte (vgl. C.a., 2001/7, S.739-746). Mit der offiziellen Bestätigung dieser Politik soll die kontroverse Debatte um die Aufnahme von „Kapitalisten“ in die Kommunistische Partei im Herbst endgültig ihren Abschluss finden. Bekräftigt werden soll ferner die offizielle Aussage, dass China sich noch für lange Zeit im „Anfangsstadium des Sozialismus“ befinden wird, in der marktwirtschaftliche Strukturen vorherrschen, sowie die Aufrechterhaltung der Deng'schen Devise, „ei-

nige zuerst reich“ werden zu lassen. Hervorgehoben werden soll ferner die Notwendigkeit politischer Reformen – die im Kern auf eine innerparteiliche Demokratisierung hinauslaufen dürften – sowie der Wunsch nach einer Wiedervereinigung mit Taiwan, die „in den kommenden 50 Jahren“ realisiert werden solle. Schließlich wird es gelten, das sozioökonomische Ziel zu bekräftigen, das darin besteht, China bis zum Jahr 2050 vom Entwicklungsland zu einer entwickelten Nation aufsteigen zu lassen.

Unklar bleibt zum gegenwärtigen Zeitpunkt, welches Gewicht die Parteiführung der Lösung schwerwiegender wirtschaftlicher und sozialer Probleme wie der wachsenden Arbeitslosigkeit und der zunehmenden Einkommensunterschiede zwischen Ost und West bzw. Stadt und Land zumessen wird. In den vergangenen Monaten waren hier wiederholt Krisenberichte an die Öffentlichkeit gedrungen, die im In- und Ausland alarmierende Wirkung gezeigt haben. Die Tatsache, dass derartig kritische Berichte nach außen dringen, mag auf eine zunehmende Verschärfung der Probleme hindeuten. Sie kann aber ebenso gut auch der Ausdruck von Versuchen innerhalb der ministeriellen und Provinzbürokratie sein, durch Betonung von Problemen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich die eigene Verhandlungsposition in den machtpolitischen Auseinandersetzungen zu verbessern, wie sie mit großen personellen Reviements wie dem gegenwärtigen Wechsel von der „dritten“ auf die „vierte“ Führungsgeneration einhergehen. (*Wen Wei Po*, 6., 9.5.02, nach FBIS, 6., 9.5.02; *Ta Kung Pao*, 15.5.02, nach FBIS, 15.5.02; *Ming Pao*, 18.5.02, nach FBIS, 18.5.02; *Zhengming*, 02/5, S.6-8; SCMP, 16., 21., 29.5.02; ST, 1.6.02) -hol-

## 9 Politischer Auftrieb für die Strategie „Aufbau West“

In den vergangenen Wochen ließ sich eine regelrechte Kampagne der parteistaatlichen Führung verzeichnen, der Strategie zur „Erschließung Westchinas“ (*Xibu dakaiifa*), passend auch als „Aufbau West“ zu umschreiben, neuen politischen Auftrieb zu geben.

Die Strategie war im Herbst 1999 von der zentralen Führung initiiert und im März 2001 offiziell vom Nationalen Volkskongress (NVK) als prioritäres politisches Programm für die Jahre 2001-2010 verabschiedet worden (vgl. C.a., 1999/9, Ü 12, 1999/11, Ü 11, 2001/3, S.280). Seither war sie allerdings – wohl vor allem aufgrund des Beitritts Chinas zur Welthandelsorganisation, der große politische Aufmerksamkeit auf sich zog – zunehmend in den Hintergrund geraten. Auf der letzten NVK-Plenartagung im März 2002 hatte das Thema „Aufbau West“ sowohl in den offiziellen Reden als auch in den informellen Diskussionen nur noch eine marginale Rolle gespielt.

Seit Anfang April aber hat ein intensiver Reiseverkehr hochrangiger Partei- und Regierungsvertreter in mehrere der zwölf Provinzen, Autonomen Regionen bzw. regierungsunmittelbaren Städte eingesetzt, die im „Aufbau-West“-Programm zusammengefasst sind. So stattete Staats- und Parteichef Jiang Zemin Anfang April der Stadt Xi'an (Provinz Shaanxi) anlässlich einer groß angelegten Konferenz zur Entwicklung der fünf nordwestchinesischen Provinzen und der Inneren Mongolei einen Besuch ab. Zeitgleich besuchten Li Peng, Vorsitzender des NVK, und Shi Guangsheng, Minister für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit, die regierungsunmittelbare Stadt Chongqing. Ebenfalls Anfang April bereiste Hu Jintao, stellvertretender Staatspräsident und designierter Nachfolger Jiang Zemin als Staats- und Parteichef die südchinesische Autonome Region Guangxi; Li Lanqing, stellvertretender Ministerpräsident, reiste in die benachbarte Provinz Guizhou.

Mit einer Inspektionsreise von Jiang Zemin und Zeng Qinghong, dem Leiter der Organisationsabteilung der Partei, durch die Provinz Sichuan wurde die Reihe der Besuche in Westchina in der zweiten Maihälfte fortgesetzt. Einen vorläufig krönenden Höhepunkt bildete eine zweite groß angelegte Konferenz in Chongqing, die sich in Fortsetzung der Konferenz in Xi'an Anfang April nun der Entwicklung der sechs südwestchinesischen Provinzen widmete. Gemeinsam mit Jiang Zemin reisten zu diesem Anlass auch Wen Jiabao, stellvertretender Minis-

terpräsident und designierter Nachfolger Zhu Rongjis im Amt des Ministerpräsidenten, und Zeng Peiyan, Leiter der Staatlichen Kommission für Entwicklungsplanung, die für die finanzielle Abwicklung des „Aufbau-West“-Programms zuständig ist, in den Südstrecken des Landes. Ende Mai schließlich besuchte Hu Jintao die Provinz Qinghai.

Stellt ein solch hochrangiger „Inspektions-Tourismus“ bereits an sich eine Aufwertung der jeweils besuchten Region dar, so gaben die zahlreichen Reisen von Spitzenpolitikern in die Region in den vergangenen Wochen auch mehrfach Anlass für „wichtige Reden“ programmatischen Charakters. Dies galt insbesondere für die Reden Jiang Zemin auf den beiden Konferenzen in Xi'an und Chongqing, die sich der Umsetzung der „Aufbau-West“-Strategie in den jeweils sechs nord- und südwestchinesischen Provinzen widmeten und sich zum Ziel gesetzt hatten, die Erfahrungen der beiden zurückliegenden Jahre zu überdenken und neue Schwerpunkte für die weitere Arbeit abzuleiten. Aber auch offizielle Ansprachen Jiang Zemin in Sichuan und Hu Jintaos in Guangxi wurden als „wichtige Reden“ eingestuft, die Einblick in die politischen Prioritäten der zentralen Führung innerhalb des breit angelegten „Aufbau-West“-Programms geben.

So ergibt eine Durchsicht dieser in der offiziellen Presse abgedruckten „wichtigen Reden“, dass die ursprünglich ohnehin sehr vielfältigen Zielsetzungen, die im Rahmen des „Aufbau-West“-Programms verfolgt werden sollten, nun nochmals um zusätzliche Zielsetzungen erweitert worden sind. Am Anfang seiner Formulierung im Herbst 1999 hatte das Programm noch vier große Maßnahmenpakete umfasst, nämlich (1) den Ausbau der Infrastruktur, (2) den Umweltschutz und die Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung, (3) die Modernisierung der Industriestrukturen und (4) die Verbreitung von Wissenschaft und Technik sowie den Ausbau des Bildungswesens; schon bald war außerdem die Anwerbung ausländischer Direktinvestitionen als explizites Ziel hinzugekommen (vgl. C.a., 1999/11, Ü 11).

Die jüngsten Reden erwähnen diese Ziele weiterhin, betonen aber außerdem als prioritäres Ziel den komplexen Bereich der Entwicklung insbesondere der Regionen, in denen überwiegend nationale Minderheiten leben – mit hin eines großen Teils Westchinas, da sich hier die verschiedenen nicht-han-chinesischen ethnischen Gruppen konzentrieren. Als vordringliche Aufgabe erscheint in den Minderheitengebieten die Sicherung der sozialen Stabilität, die durch eine Kombination von Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, der wirtschaftlichen Entwicklung und der Erschließung von Bodenschätzen, des Umweltschutzes und nachhaltiger Entwicklung, der Förderung von Tourismus, der Verbreitung von Wissenschaft und Bildung, aber auch durch eine Stärkung rechtsstaatlicher Mechanismen sowie eine stärkere administrative Präsenz lokaler Partei- und Regierungsorgane erreicht werden sollen. Diese Schwerpunktsetzung im Bereich der Minderheitengebiete spricht dafür, dass die „Aufbau-West“-Strategie zunehmend gezielt in den Dienst der Sicherung des sozialen Friedens in diesen Regionen und damit auch sicherheitspolitischer Erwägungen in den Grenzregionen gestellt wird.

Deutlich wird dieser Trend in besonderer Weise auch an dem offiziellen Dokument des lokalen Parteitags in der Autonomen Region Xinjiang, der Anfang April abgehalten wurde. Mit Bezug auf die in Xi'an gehaltene Rede Jiang Zemin zum Thema „Aufbau West“ forderte die Parteiführung Xinjiangs, wirtschafts- und sozialpolitische ebenso wie ideologische Maßnahmen einzusetzen, um den Separatismus in der Region zu bekämpfen, die Einheit der Nationalitäten voranzutreiben und die nationale Sicherheit zu stärken.

Vor allem aber scheint das „Aufbau-West“-Programm inzwischen mit einer neuen Agenda im Bereich des „Parteiaufbaus“ unterlegt worden zu sein, also der ideologisch-moralischen Festigung und Professionalisierung der Parteifunktionäre sowie des Ausbaus der organisatorischen Strukturen der KPCh an der gesellschaftlichen Basis. So forderten Jiang Zemin und Hu Jintao die Parteikader in den westlichen Landesteilen ein um das andere Mal eindringlich auf, sich im Sinne der „Drei Repräsentationen“ (die KP-

Ch repräsentiert „die Entwicklungsbedürfnisse der fortschrittlichen Produktivkräfte Chinas, die Ausrichtung der fortschrittlichen Kultur Chinas und die fundamentalen Interessen der breiten Bevölkerung“) unablässig für die Entwicklung Westchinas einzusetzen. In ihrem Enthusiasmus dürften sie nicht nachlassen, so groß die Schwierigkeiten und Herausforderungen bei der Verwirklichung des „Aufbau-West“-Programms auch sein mögen. Große Anstrengungen seien auch zu leisten, um die „vier Transformationen“, also die Rekrutierung von revolutionäreren, jüngeren, besser ausgebildeten und fachlich kompetenteren Kadern in den lokalen Partei- und Verwaltungsorganen, zu verwirklichen.

Besonderes Gewicht kam schließlich dem Ausbau von Parteiorganisationen an der gesellschaftlichen Basis zu. So mahnte Jiang Zemin als vordringliche Aufgabe lokalen Parteiaufbaus an, die Einrichtung von Parteizellen in Unternehmen des nichtöffentlichen Sektors in Westchina voranzutreiben. In Unternehmen, Organen der kommunalen Selbstverwaltung sowie in Verbänden, Vereinigungen und anderen intermediären Institutionen, die bereits über Parteiorganisationen verfügen, solle die Arbeit dieser Basisorganisationen intensiviert werden. Das „Aufbau-West“-Programm erscheint damit als ein weiteres Manövriertfeld genutzt zu werden, um die organisatorische Präsenz der KPCh und ihre Kontrolle über soziale und wirtschaftliche Belange an der gesellschaftlichen Basis zu festigen – ein Trend, der sich in den vergangenen zwei Jahren auch in zahlreichen anderen Feldern beobachten lässt.

Die jüngste Kampagne zur Wiederbelebung der „Aufbau-West“-Strategie deutet darauf hin, dass unter den verschiedenen involvierten Akteuren eine passive, wenn nicht sogar Widerstandshaltung verbreitet ist. So lässt sich zunächst vermuten, dass seit der ersten Formulierung der Strategie im Jahr 1999 ein zäher Verhandlungsprozess zwischen den Provinzen West-, Zentral- und Ostchinas um die Maximierung finanzieller Vorteile bzw. die Abwendung finanzieller Nachteile aus dem „Aufbau-West“-Programm eingesetzt hat, das umfangreiche fiskalische Transfers vorsieht. Die inhaltlichen Zielvorgaben der Entwicklungs-

strategie könnten in diesem „Kuhhandel“ leicht in den Hintergrund geraten sein. Viel spricht aber auch dafür, dass dem „Aufbau-West“-Programm nie eine klare entwicklungspolitische Strategie unterlag. Vielmehr könnte es von Anfang an ein Pool von lose miteinander verbundenen, disparaten und teilweise widersprüchlichen Forderungen dargestellt haben, das die zentrale Parteiführung gewissermaßen als „Spielwiese“ regionaler, ministerieller und fraktioneller Interessen zugelassen hat und je nach parteipolitischen Prioritäten für ihre eigenen Ziele kooptiert. Eine klare Zielstruktur mit konsistenten Umsetzungsstrategien ist in dem Programm jedenfalls immer weniger zu erkennen. (RMRB, 21., 22., 23., 25., 26., 27., 31.5.02; Xinhua, 3., 22., 25., 29.4., 22., 24., 25.5.02, nach BBC PF, 6., 7., 23., 30.4., 24., 26., 29.5.02; XNA, 2., 24., 26.4., 23., 26., 28.5.02; *Xinjiang Ribao*, 7.4.02, nach FBIS, 3.5.02) -hol-

## 10 Internationaler Tag der Arbeit: Unternehmer als „Modellarbeiter“ gefeiert

Der Internationale Tag der Arbeit am 1. Mai stand in diesem Jahr im Zeichen der Öffnung der KPCh für Privatunternehmer, die Jiang Zemin mit seiner Rede vom 1. Juli letzten Jahres offiziell eingeläutet hatte.

Allgemein wird erwartet, dass auf dem bevorstehenden 16. Parteikongress im Herbst dieses Jahres das Parteistatut, das bisher keine Aufnahme von Privatunternehmern in die Partei vorsieht, entsprechend revidiert wird, und dass auch einige prominente Unternehmer gezielt in das neue Zentralkomitee der KPCh rekrutiert werden. Der Tag der Arbeit am 1. Mai bot Gelegenheit, im Sinne einer Auftaktveranstaltung für den Herbst die Verdienste von Unternehmern offiziell zu würdigen.

So wurden mehrere prominente Unternehmer vom All-Chinesischen Gewerkschaftsbund als „Modellarbeiter“ ausgezeichnet – eine Ehrung, die vor dem nur Arbeitern im staatlichen Wirtschaftssektor vorbehalten war. Vier Unternehmer erhielten für ihren „aufrichtigen Arbeitseinsatz“ so genannte „Arbeiter-Medaillen“. Bei den vier Unternehmern, von denen zwei aus der privatwirtschaftlich weit ent-

wickelten Provinz Zhejiang stammen, handelt es sich um einen Weinhersteller, einen Obsthändler, einen Lederschuh-Hersteller und den Manager einer pharmazeutischen Firma. Unter ihnen hatte sich der Schuhproduzent Wang Zhentao aus der privatwirtschaftlichen Hochburg Wenzhou (Provinz Zhejiang) durch eine Kampagne gegen Produktpiraterie in seiner eigenen Firma politischen Ruhm erworben.

Weitere 17 Unternehmer wurden in der Provinz Shaanxi als „Modellarbeiter“ ausgezeichnet. Guo Jiaxue, Betreiber einer Arzneimittelfirma der Provinz, wurde für seine Erfolge in der Sicherung der lokalen Beschäftigung, seine Disziplin als Steuerzahler sowie für seine sozialen Aktivitäten gewürdigt – der Unternehmer ist unter anderem Sponsor eines Basketball-Teams in seinem Heimatort.

Der offiziellen Berichterstattung über die Auszeichnungen ist anzumerken, dass sie gegen einen verbreiteten Unmut angeht, der in der Aufnahme von „Kapitalisten“ in die KPCh, die „Vorhut der Arbeiterklasse“, bloßen Zynismus der Parteiideologen erkennt. Vor allem vor dem Hintergrund der jüngsten Proteste von Arbeitern maroder Staatsunternehmen in Nordostchina (vgl. C.a., 2002/3, Ü 11, 2002/4, Ü 13) sind die staatlichen Medien deutlich bemüht, diesen Unmut zu besänftigen.

So war Wei Jianxing in seiner Funktion als Vorsitzender des All-Chinesischen Gewerkschaftsbundes in seiner 1. Mai-Rede mit einem klaren Bekenntnis zur führenden Stellung der „Arbeiterklasse“ zu vernehmen. So habe sich die Stellung der Arbeiterklasse als „Herr“ (*zhurenweng*) der Gesellschaft nicht verändert und werde sich auch niemals verändern. „Zu keiner Zeit und unter keinen Umständen darf an diesem Punkt auch nur im Geringsten Uneindeutigkeit verbreitet oder gerüttelt werden“ (Xinhua, 29.4.; RMRB, 30.4.02).

Ebenso schaltete das Parteiorgan *Volkszeitung* am 1. Mai einen Leitartikel (*shelun*), in dem die Stellung der Arbeiterklasse als „führende Klasse“ (*lingdao jieji*) im politischen und gesellschaftlichen System des Landes hochgehalten wurde. Allerdings wurde hier auch um Verständnis dafür ge-

worben, dass die Reform der Staatsunternehmen, die den dort Beschäftigten große Opfer abverlangt, um der Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Wirtschaft und um der „fundamentalen Interessen der chinesischen Nation“ willen unvermindert fortgesetzt werden müsse. Zugleich vollzog der Leitartikel eine unterschwellige Modifikation des Begriffs „Arbeiterklasse“ (*gongren jieji*), indem er betonte, dass sich der „fortschrittliche Charakter“ dieser Klasse stetig fortentwickle: So hätten bereits in der Vergangenheit Intellektuelle mit ihren wissenschaftlichen und kulturellen Errungenschaften die Reihen der Arbeiterklasse bereichert; seit der Einführung eines diversifizierten Eigentumsystems – sprich der Zulassung privatwirtschaftlicher Aktivitäten – hätten sich ferner „für Einige aus den werktätigten Massen Änderungen in ihrem Beschäftigungsverhältnis ergeben“: Diese Entwicklung bedeute keineswegs eine Änderung im Status der Arbeiterklasse, sondern stelle, aus einer längerfristigen Perspektive betrachtet, vielmehr eine Verbesserung der „Gesamtqualität“ (*zhengti suzhi*) der Arbeiterklasse dar und gereiche ihr damit insgesamt zum Vorteil (RMRB, 1.5.02, S.1). Hier werden die subtilen ideologischen Manipulationen deutlich, die nötig sind, um die Kooptation von Unternehmern in die politische Elite des Landes zu rechtfertigen.

Allerdings sollte an dieser Stelle noch einmal klargestellt werden, dass faktisch bereits eine große Zahl von Unternehmern in der KPCh vertreten sind, sei es, weil sie einen beruflichen Hintergrund als Parteifunktionäre im Staatssektor besitzen, oder weil sie als Privatunternehmer auf lokaler Ebene wegen ihres Geschäftserfolgs Einlass in die Partei gefunden haben. So dürften bereits rund 20% aller Privatunternehmer Parteimitglieder sein. Bezieht man die Unternehmer und Manager im hybriden Sektor gemischter öffentlich-privater Firmen ein, so wächst der Anteil der Parteimitglieder in dieser Gruppe auf über 50% an. Auch in anderen politischen Organen des Landes sind Unternehmer in relativ großer Zahl vertreten. Wie ein Artikel der Zeitschrift *Liaowang* vom März 2002 festgestellt hatte, sitzen unter den 100 reichsten Unternehmern Chinas bereits 16 Delegierte in

der Politischen Konsultativkonferenz und sechs Abgeordnete im Nationalen Volkskongress des Landes. Die Kooptation von Unternehmern in die KPCh ist damit faktisch keineswegs eine neue Entwicklung. Ziel der jüngsten Kampagne ist offenbar in erster Linie die ideologische Rechtfertigung von bereits geschaffenen Tatsachen. (RMRB, 1.5.02; Xinhua, 29., 30.4.02, nach BBC PF, 30.4., 1., 2.5.02; FT, 2.5.02; SCMP, 2., 21.5.02; ST, 15.5.02; IHT, 17.5.02; *Liaowang*, 18.4.02, S.16-17) -hol-

## 11 Achtzigster Jahrestag der Gründung des Kommunistischen Jugendverbandes

Am 15. Mai feierte der Kommunistische Jugendverband Chinas (*Zhongguo gongchanzhuyi qingniantuan*, kurz *gongqingtuan*) den 80. Jahrestag seiner Gründung. In zurückliegenden Jahren waren die Jahrestage der Gründung des Kommunistischen Jugendverbandes jeweils am 4. Mai, dem Jahrestag der 4.-Mai-Bewegung 1919, gefeiert worden. Eine Verschiebung des Datums war nötig geworden, seit die Zahl der Feiertage anlässlich des Internationalen Tags der Arbeit auf eine ganze Woche ausgedehnt worden ist.

Der Kommunistische Jugendverband, dessen Vorläufer im Mai 1922 gegründet worden war, blickt auf eine wechselvolle Geschichte zurück. Als Massenorganisation zur Mobilisierung von Jugendlichen unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas und als Rekrutierungspool für dieselbe änderte sich sein politischer Auftrag und seine Organisationsstruktur seit den 1920er Jahren wiederholt je nach den ideologischen und realpolitischen Bedürfnissen der KPCh. Ursprünglich als „Sozialistischer Jugendverband Chinas“ (*Zhongguo shehuizhuyi qingniantuan*) gegründet, wurde er 1925 in „Kommunistischer Jugendverband Chinas“ umbenannt, um allerdings bereits zehn Jahre später vor dem Hintergrund des Widerstandskampfs gegen Japan in verschiedene Milizorganisationen aufgespalten zu werden. Nach Ende des Bürgerkriegs wurden diese Unterorganisationen wieder zu einer einheitlichen Organisation mit dem Namen „Neudemokratischer Ju-

gendverband Chinas“ (*Zhongguo xin-minzhuyi qingnian tuan*) zusammengefasst. Den heutigen Namen trug die Organisation (erneut) erst seit Mai 1957.

Eine offizielle Darstellung der Geschichte des Jugendverbands, der heute über 68 Mio. Mitglieder zählt, findet sich auf der anlässlich des Jahrestags eingerichteten Webseite <http://80years.cycl.org.cn>. Obwohl die KPCh heute den 80. Jahrestag des Jugendverbandes feierlich würdigt, so hat sie dennoch kein Interesse an einer gründlichen Auseinandersetzung mit seiner Geschichte. Da der Verband teilweise der linksradikalen Komintern-Politik, dann – seit Mitte der 1930er Jahre – der „rechten“ Einheitsfrontstrategie folgte (und dabei nicht allzu erfolgreich war), fällt es schwer, die Verbandsgeschichte positiv darzustellen. Außerdem sind im Lauf der Jahrzehnte einige frühere hochrangige Verbandsfunktionäre später in Ungnade gefallen. Der dominierende Politiker der 1950er und 1960er Jahre war Hu Yaobang, der nach der Kulturrevolution zum Generalsekretär der KPCh aufstieg, im Jahr 1987 aber gestürzt wurde und 1989 starb. Mit ihm stiegen weitere Funktionäre des Kommunistischen Jugendverbandes in die KPCh-Führung auf, darunter Hu Qili und Li Ruihuan, der heute noch im Politbüro sitzt. Der neue Hoffnungsträger der Partei, Hu Jintao, war ebenfalls Jugendverbands-Chef. Sollte er, wie erwartet, die Nachfolge Jiang Zemin im Amt des Generalsekretärs der KPCh antreten, so würden eventuell weitere Verbandsmitglieder in die Parteiführung aufsteigen. Hu Jintao könnte auch die überfällige Rehabilitierung Hu Yaobangs in die Wege leiten.

Der diesjährige Jahrestag gab Staats- und Parteichef Jiang Zemin Anlass, in einer Rede die große Bedeutung der Jugend für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt des ganzen Landes im Allgemeinen und für die Verjüngung der Kommunistischen Partei im Besonderen herauszustellen. Vor 5.000 geladenen Gästen betonte er, dass die chinesische Jugend sich seit der 4.-Mai-Bewegung des Jahres 1919 nur deshalb so gut entfalten und ihr Talent und jugendliches Engagement für die chinesische Nation fruchtbar machen konnte, weil sie von der KPCh angeführt wurde. Auch und erst recht

in Zukunft müsse die Verbindung zwischen der Partei und der Jugendliga weiter verstärkt werden. Partei- und Regierungsorgane auf allen Ebenen müssten dazu beitragen, dass die Organisationen des Jugendverbandes ihre Funktion als „Brücke“ zwischen der Kommunistischen Partei und der Jugend des Landes noch besser erfüllen könnten. Um die Jugend des Landes an die Partei heranzuführen und den Parteaufbau zu verbessern, müsse der Jugendverband wiederum seine Führungsrolle gegenüber den Organisationen der „Jungen Pioniere“ verstärken.

Von den Mitgliedern des Jugendverbandes erwartete Jiang Zemin Patriotismus und ein hohes Moralbewusstsein. Ferner gab er seiner Hoffnung Ausdruck, „die chinesische Jugend im 21. Jahrhundert möge von einer globalen Vision und einem edlen Streben danach erfüllt sein, die fortschrittlichen Länder zu überholen, sowie den Mut besitzen, um die chinesische Nation in Selbstrespekt und mit dem Willen zur eigenen Verbesserung stolz der Welt entgegenzutreten zu lassen.“

Dieser eindringliche Appell an die Jugend, sich persönlich für die Entwicklung und den internationalen Ruhm des Vaterlandes einzusetzen und der Kommunistischen Partei weiterhin Loyalität zu erweisen, ist vor dem Hintergrund einer wachsenden Sorge der Parteiführung zu verstehen, die Unterstützung der jüngeren Generationen zu verlieren. So ist in theoretischen Parteiorganen immer wieder zu lesen, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion vor allem auch darauf zurückzuführen sei, dass die KPdSU den Rückhalt unter jüngeren Bevölkerungsteilen nach und nach verloren hatte. Wolle die KPCh ihre Machtbasis erhalten, gelte es umso mehr, gerade auch jüngere Menschen, und insbesondere Vertreter der nachwachsenden wirtschaftlichen und intellektuellen Eliten, für die Sache der Partei zu gewinnen. In dieser Situation dürfte dem Kommunistischen Jugendverband auch in der Zukunft eine zentrale Rolle als Kanal für die Rekrutierung neuer Parteimitglieder zukommen. (RMRB, 4., 16.5.02; Xinhua, 5., 15.5.02, nach BBC PF, 8., 17.5.02; XNA, 4., 5., 16.5.02; *Cihai*, Ausgabe 1999, Bd.2, S.4032) -hol/tk-

## 12 Medienauftritt Xu Kuangdis

Ende Mai ist Xu Kuangdi seit seiner überraschenden Abberufung vom Amt des Shanghai Oberbürgermeisters im Dezember 2001 zum ersten Mal wieder vor eine größere Medienöffentlichkeit getreten. Hinsichtlich der Hintergründe seiner Versetzung kursieren nach wie vor verschiedene Spekulationen über Fraktions- und Machtkämpfe, die allerdings durch die Tatsache relativiert werden, dass Xu Kuangdi beinahe die Altersgrenze von 65 Jahren erreicht hat, die auch schon bei mehreren anderen Kollegen ein Ausscheiden aus Ämtern in Ministerien und Provinzregierungen nahe gelegt hatte (vgl. C.a., 2001/12, Ü 9).

Anlass für den jüngsten Medienauftritt Xu Kuangdis war seine Ernennung zum Präsidenten der Chinesischen Akademie für Ingenieurwissenschaften (CAE) in Beijing, als deren Parteisekretär er bereits in den vergangenen Monaten fungiert hatte. Interessant ist die Berichterstattung über das Ereignis in mehrfacher Hinsicht. Zum Ersten scheint mit der Ernennung Xu Kuangdis zum Präsidenten der CAE eine Aufwertung derselben in der wissenschaftspolitischen Landschaft Chinas einherzugehen. So hob Ministerpräsident Zhu Rongji am Vortag der Ernennung in einer Rede die große Bedeutung der CAE für die wissenschaftliche und wirtschaftliche Zukunft Chinas hervor. Gemeinsam mit der Chinesischen Akademie für Wissenschaften stehe hier ein Pool „exzellenter wissenschaftlicher und technologischer Talente“ bereit, um Lösungen für die anstehenden wirtschaftlichen Probleme und Herausforderungen zu formulieren.

Zum Zweiten bekannte sich Xu Kuangdi in seiner eigenen Antrittsrede klar zum Dienst an der Partei und am chinesischen Volk sowie zu der ihm aufgetragenen Aufgabe im Bereich von Wissenschaft und Technologie. Konkret wolle er die CAE als Forschungszentrum für junge Wissenschaftler und Techniker etablieren. Gemeinsam mit den Nachwuchswissenschaftlern wolle er dazu beitragen, den „Traum einer bemannten Welt-raummission und einer Landung auf dem Mond“ durch chinesische Astronauten „in naher Zukunft“ zu verwirk-

lichen. Insgesamt solle sich die CAE in Zukunft stärker der Politikberatung widmen.

Zum Dritten schließlich erscheint die Bewertung der Person Xu Kuangdis in den offiziellen Medienberichten bemerkenswert. So heißt es über ihn, dass er im Bereich der Metallurgie mit sechs technologischen Beiträgen und 14 wissenschaftlichen Publikationen in ausländischen Zeitschriften „weltweiten Ruhm“ erlangt habe. Trotz seines Wechsels von Shanghai nach Beijing seien „sein stetiges Selbstvertrauen und seine ruhige Gelassenheit, seine Einsicht, sein bescheidenes, freundliches und elegantes Verhalten sowie seine Hochachtung vor und Liebe für die Wissenschaft ungebrochen“.

Angesichts dieser jüngsten öffentlichen Würdigung Xu Kuangdis scheint es nicht ausgeschlossen, dass er, der bereits im 14. und 15. Zentralkomitee vertreten war, auch im neu zu wählenden 16. Zentralkomitee der KPCh im Herbst einen Sitz behält. Beobachter halten es auch weiterhin für möglich, dass er im kommenden Jahr noch ein Amt in der Zentralregierung erhält, für die keine strengen Altersgrenzen gelten. (RMRB, 29., 30., 31.5.02; Xinhua, 29., 30.5.02, nach BBC PF, 31.5., 1.6.02) -hol-

### 13 Falungong: Anhaltender Konflikt mit der staatlichen Führung

Der Konflikt zwischen der Falungong-Organisation und der parteistaatlichen Führung hält weiter an.

Im Mai sind erneut mehrere ausländische Falungong-Anhänger, die nach China gereist waren, um dort gegen das Verbot der Bewegung zu protestieren, von chinesischen Sicherheitskräften festgenommen und des Landes verwiesen worden, unter ihnen ein in Kanada lebender Franzose, ein Österreicher und zwei Japanerinnen. Nach den Worten des Franzosen, der nach seiner Rückkehr aus China über seine Erfahrungen mit der chinesischen Polizei berichtete, zähle die Falungong-Bewegung gegenwärtig weltweit rund 100 Millionen Anhänger und sei in 53 Ländern offiziell anerkannt. Es ist sehr schwierig, zuverlässige Informationen über die Verbreitung von Falungong zu erhalten; auch gibt es widersprüch-

liche Aussagen darüber, ob die Anhängerzahl weltweit im Steigen oder im Sinken begriffen ist.

In China sind inzwischen mehrere Versuche von Falungong-Anhängern bekannt geworden, die Aufmerksamkeit der Medienöffentlichkeit auf sich zu ziehen. Mindestens an vier Orten, nämlich in Chongqing in Südwestchina sowie in Changchun, Anshan und Harbin in Nordostchina soll es Mitgliedern der Bewegung seit Anfang dieses Jahres gelungen sein, für einige Zeit lokale Kanäle staatlicher Kabelfernseher zu „kapern“ und anstatt des offiziellen Programms eigene Videofilme auszustrahlen. Mitte Mai hat ein Gericht in Chongqing vier Falungong-Anhänger wegen Unterbrechung des lokalen Kabelfernsehprogramms am 1. Januar 2002 zu Haftstrafen von bis zu 16 Jahren verurteilt. Im Fall der Protestaktion vom März in Changchun, die großes internationales Aufsehen erregt hatte, sind bislang noch keine Urteile ergangen; hier steht zu erwarten, dass eine größere Zahl von Personen mit sehr scharfen Urteilen zu rechnen hat (vgl. C.a., 2002/3, Ü 12, 2002/4, Ü 14).

In den offiziellen Medien der VR China wurde die Propagandakampagne gegen Falungong und andere „Kulte“ mit erneuter hoher Intensität aufgenommen. Besondere emotionale Bedeutung kam dabei seit Mitte Mai der Geschichte einer Falungong-Anhängerin aus der Provinz Heilongjiang zu, die angeblich ihre eigene neunjährige Tochter bei dem Versuch, diese von einem „Dämon“ zu befreien, erwürgt haben soll. Der Fall wurde während der kommenden Wochen von zahlreichen Medien immer wieder aufgegriffen, um der Öffentlichkeit die behauptete „Unmenschlichkeit“ der Falungong-Bewegung möglichst eindrücklich vor Augen zu führen.

Zu extremen rhetorischen Mitteln greift immer öfter auch Li Hongzhi, der in den USA lebende Gründer und „Meister“ der Falungong-Bewegung, um diese gegen die Verfolgung durch die chinesische Führung zu verteidigen. In zahlreichen Schriften und zuletzt wiederholt auch in Form von Gedichten, die über die mehrsprachigen Webseiten der internationalen Falungong-Organisation verbreitet werden, sagt er den „bösen Wesen“

(engl. „evil beings“ oder „evil political gang of scoundrels“) – gemeint sind die für die Verfolgung von Falungong verantwortlichen Mitglieder des chinesischen Parteistaates – voraus, dass sie für ihre Vergehen auf ewig in der Hölle würden büßen müssen. Die Zeit der Reue werde bald abbrechen, da sich das Universum in der „letzten Phase“ vor einer bevorstehenden großen „Explosion“ befinde, über deren Ausbruch oder Ausbleiben Li Hongzhi allein walte. Während die „bösen Wesen“ dann zum Untergang verurteilt sein würden, würden alle diejenigen, die sich unbeirrt im Sinn des „Dafa“ kultivierten, zur Erlösung gelangen. Umso wichtiger sei es für alle Anhänger in dieser „Testphase“, nicht von ihrem steten Bemühen um geistige Kultivierung abzulassen (www.minghui.org (chin.) bzw. www.clearwisdom.net (engl.); siehe insbes. www.clearwisdom.net/emh/articles/2002/3/819610.htm; .../articles/2002/5/20/22253.html;.../articles/2002/6/10/22972.html).

Eine zusammenfassende Wiedergabe der kosmologischen Vorstellungen Li Hongzhis ist aufgrund ihres mystischen Charakters sehr schwierig. Eine Lektüre der im Internet verbreiteten Texte verdeutlicht jedoch eine im Zeitverlauf immer engere manichäische Verknüpfung von Untergangsszenarien für die „Bösen“ und Heilsversprechen für die „Guten“ in sehr plastischer Weise. (XNA, 13.5.02; RMRB (online), 13., 14.5.02; JFJB, 14.5.02, nach FBIS, 14.5.02; Xinhua, 17., 29.5.02, nach BBC PF, 19.5., 6.6.02; Hong Kong AFP, 9., 15., 18., 25., 26., 27.5.02, nach FBIS, 9., 15., 18., 25., 26., 27.5.02; Associated Press, 9.5.02; WSJ, 13., 19.5.02; SCMP, 16.5.02; *Kurier* (Wien), 16.5.02, nach BBC PF, 17.5.02) -hol-

### 14 Langjährige Freiheitsstrafen für zwei Mitglieder der zerschlagenen Demokratischen Partei

Nach Angaben des Hong Kong Information Centre for Human Rights and Democracy sind zwei weitere Mitglieder der im Sommer 1998 gegründeten und seit Ende 1998 verbotenen Demokratischen Partei Chinas zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden.

Wie Ende Mai bekannt wurde, hat ein Gericht in Chengdu (Provinz Sichuan), den 30-jährigen Hu Mingjun und eine weitere Person namens Wang Sen (ohne Altersangabe), beide aus der Provinz Sichuan, wegen Subversion zu elf bzw. zehn Jahren Haft verurteilt. Die beiden Männer waren im Frühjahr 2001 verhaftet worden, nachdem sie mit protestierenden Arbeitern einer Stahlfabrik in Dazhou (Provinz Sichuan) in Kontakt getreten waren. Im Namen der zerschlagenen Demokratischen Partei hatten sie den über tausend Protestierenden ihre Unterstützung zugesagt. Das Gericht befand, dass die Angeklagten die Arbeiter im Namen einer „feindlichen Organisation“ aufgewiegelt und damit die gesellschaftliche Stabilität beeinträchtigt hätten.

Seit Dezember 1998 sind über dreißig Mitglieder der Demokratischen Partei wegen umstürzlerischer Aktivitäten zu zumeist mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Ihre Familien sind teilweise ins Ausland geflohen, wo sie den Schutz demokratischer Organisationen innerhalb der chinesischen Diaspora suchen. (Hong Kong Information Centre for Human Rights and Democracy, 31.5.02; *New York Times*, 1.6.02) -hol-

### 15 Flugzeugabsturz vor der nordostchinesischen Küste fordert 112 Todesopfer

Beim Absturz einer Passagiermaschine der Linie China Northern Airlines vor der nordostchinesischen Küste am 7. Mai sind sämtliche 112 Insassen ums Leben gekommen. Unter den 103 Passagieren, die sich am letzten Tag der einwöchigen Feiertagsruhe in dem Flugzeug befanden, waren sieben Ausländer; auch von den neun Besatzungsmitgliedern überlebte keiner den Absturz.

Die Maschine vom Typ MD-82, die angeblich in den USA gefertigt worden ist, war auf dem Weg von Beijing nach Dalian in der Provinz Liaoning, wo sie kurz vor der Ankunft gegen 21.40 Uhr rund 10 km vor der Küste ins Meer stürzte, nachdem der Pilot den Ausbruch eines Feuers in der Kabine gemeldet hatte. Trotz umgehend eingeleiteter Rettungsmaßnahmen, an denen sich in den Folgetagen mehre-

re Dutzend Schiffe, darunter auch US-amerikanische Rettungs- und Tauchsuchschiffe beteiligten, konnte keiner der Insassen gerettet werden. Bis Ende Mai konnte nur etwa die Hälfte der Leichen geborgen werden; der Identifizierungsprozess gestaltet sich offenbar sehr schwierig.

Das Gleiche gilt für die Aufklärung der Absturzursache. Abgesehen von der Feuermeldung, die der Pilot wenige Minuten vor dem Absturz durchgegeben hatte, gab es Ende Mai noch keine näheren Aufschlüsse. Einer der beiden Flugschreiber konnte zwar einige Tage nach der Katastrophe geborgen werden, doch ergab die Auswertung bislang nach offiziellen Angaben nur, dass ein Fehlverhalten des Piloten bzw. der Crew oder technische Probleme am Boden als Absturzursache von der Hand zu weisen seien. Nicht auszuschließen sei laut Aussage eines offiziellen Sprechers dagegen der Verdacht auf Sabotage. Die Aufklärung des Falles kann nach Einschätzung internationaler Experten noch Monate in Anspruch nehmen.

Regierungsvertreter haben in Reaktion auf das Unglück gefordert, die technischen Sicherheitsstandards im Flugverkehr anzuheben und die Verhaltensmaßregeln für Piloten und Flugbegleitpersonal zu verschärfen. Denjenigen, die für den Absturz verantwortlich seien, wurde eine strenge Bestrafung angedroht. Zwei Wochen nach dem Flugzeugabsturz wurde der Leiter der Staatlichen Behörde für Zivile Luftfahrt, Liu Jianfeng, seines Amtes enthoben und durch seinen Stellvertreter ersetzt. Ihm wurde auch die Verantwortung für den Absturz einer Boeing 767 am 15. April in Südkorea zugewiesen. (Xinhua, 8.5.02, nach BBC PF, 9.5.02; RMRB website, 8.5.02, nach BBC PF 9.5.02; XNA, 9., 12., 16.5.02; SCMP, 10., 13., 16.5.02; ST, 12.5.02; RTHK, Radio 3, 22.5.02, nach BBC PF, 23.5.02) -hol-

---



---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---



---

### 16 Chinesische Planungen für Mondlandungen und Mars-erkundungen

Nachdem die chinesische Raumkapsel Shenzhou 3 Ende März erfolgreich einen Testflug absolviert hatte (vgl. C.a., 2002/4, Ü 25), wurden verschiedene Details über chinesische Pläne für weitere Weltraumunternehmungen bekannt. Zahlreiche Offizielle gaben in letzter Zeit Interviews, darunter Luan Enjie, Direktor der China National Space Administration, Ouyang Ziyuan (Akademie der Wissenschaften), Leiter des chinesischen Mondforschungsprogramms, Su Shuangning, der für die bemannte Raumfahrt, und Liu Zongying, der für die Shenzhou-Raumkapseln verantwortlich ist, sowie Li Zuhong, der General Manager der China Aerospace Dongfanghong Satellite Company. Bis zum Jahr 2005 soll – mit der Raumkapsel Shenzhou 4 – ein bemannter Raumflug, bis 2010 die erste Mondlandung durchgeführt werden.

In der Volksrepublik werden gegenwärtig 12 Astronauten ausgebildet, die alle etwa 30 Jahre alt, 1,70 Meter groß und 50 kg schwer sein sollen – die Raumkapseln sind offenbar relativ eng; die meisten waren früher Piloten, zwei sind in Russland ausgebildet worden. (Shenzhou 3 soll bei dem letzten Raumflug drei Puppen von menschlicher Größe an Bord gehabt haben.)

Im Mai wurde außerdem bekannt, dass China in den kommenden Jahren zahlreiche Satelliten in den Weltraum schicken will, die von Jiuquan (Gansu), Taiyuan (Shanxi) und Xichang (Sichuan) gestartet werden sollen. Die China Aerospace Dongfanghong Satellite Company spricht von 15 Satelliten in den nächsten fünf Jahren; sie sollen teilweise für Wettervorhersagen und Meerereskundung bzw. zur Beobachtung der Wasserverschmutzung an Flussmündungen verwendet werden.

Nach der Eroberung des Mondes soll offenbar der Mars ins Visier genom-